critica

Zeitung von Die Linke.SDS
(Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband)
Ausgabe Nr. 16 / 2016 www.critica-online.de

Feminismus
Was von der Kölner Silvesternacht übrig blieb S. 4–5

Kurdistan
Erdoğans Krieg gegen die Zivilbevölkerung S. 6

Hochschulpolitik
Wie die Exzellenzinitiative die Hochschulen zerstört S. 11

Liebe Leserin,
lieber Leser,

zu lachen gab es während des Redaktionstreffens diesmal leider nicht viel. In die Zeit der critica-Erstellung fielen die Wahlerfolge der AfD. Im Leitartikel zeigen wir, dass die AfD nicht nur rassistisch, sondern auch sexistisch und unsozial ist (S. 3). Der Kampf gegen Sexismus und Rassismus gehört deshalb zusammen (S. 4). Deshalb haben wir beiden Themen in dieser Ausgabe viel Platz gegeben. Erfolgreiche Aktionen aus Bremen, Freiburg und Berlin zeigen, dass der Kampf gegen die AfD nicht umsonst ist (S. 14). Nach all der rechten Hetze hat uns Erdoğan mit seinem Kampf gegen die kurdische Autonomiebewegung gerade noch gefehlt (S. 7).
Bei so vielen schlechten politischen Nachrichten staut sich in der Redaktion auch schon mal Aggression an. Auch deshalb tat es Betti sehr gut, als sie in der Redaktion schallende Ohrfeigen verteilen durfte (S. 4-5). Nach 15 Seiten links-grün versiffter Lügencritica gibt es dann auf der Seite 16 endlich die objektive Wahrheit!

Weil 16 Seiten viel zu wenig sind, um über alle Themen zu schreiben, die wir interessant finden, gibt es mehr critica auch online:

www.critica-online.de

MACHT MIT!

...und werde critica-Redaktionsmitglied. Alles was du dafür tun musst: Schreib eine Mail an info@critica-online.de. So einfach ist das!

Impressum

critica: Semesterzeitung von Die Linke.SDS Nr. 16/2016
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Redaktion: Alexander Hummel, Bettina Gutperl, Daniel Morteza, Dorian Tigges, Jakob Migenda, Janis Ehling, Kübra Cig, Malte Pannemann, Ramona Seeger, Ronda Kipka, Sarah Nagel.
Layout: Maik Brückner
Druck: Nordost-Druck, Flurstraße 2, 17034 Neubrandenburg
ViSdP: Bettina Gutperl, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Anzeigen und Bestellungen:
info@critica-online.de
www.critica-online.de

Fotos auf Seite 8/9: Screenshots und Graphiken: Maik Brückner; Rainer Lück CC-BY-SA 3.0; Marcello Casal Jr/Agência Brasil CC-BY-SA 3.0

Keine Partei der kleinen Leute

Das wahre Gesicht der AfD: rassistisch und unsozial

Von **Daniel Morteza**

Wenn Björn Höcke vor seine AnhängerInnenschaft tritt, stellt sich nur noch die Frage, gegen wen er dieses Mal zum rhetorischen Tiefschlag ansetzt. Muslime, Flüchtlinge oder Menschen mit „afrikanischem Ausbreitungstypus“ sind bereits zur Zielscheibe für seine entmenschlichende und rassistische Hetze geworden. Inzwischen ist klar, dass die AfD nicht nur besonders konservativ und nationalistisch ist, sondern – im wahrsten Sinne des Wortes – brandgefährlich. Rassismus ist dabei keine Begleiterscheinung, sondern gehört zum Wesenskern der AfD.
Die politische Debatte der vergangenen Monate wurde maßgeblich von der AfD bestimmt. Merkel mag rhetorisch an ihrem Willkommenskurs festhalten, aber nicht Worte sondern Taten zählen. Und da entpuppt sich ihr viel beachtetes „Wir schaffen das“ im Grunde als heiße Luft. Die Große Koalition war stets bemüht, den Forderungskatalog von Pegida und AfD in die Tat umzusetzen und das Asylrecht bis zur Unkenntlichkeit auszuhöhlen. Union und SPD rechtfertigen ihre rassistische Politik mit den „Ängsten“ der „besorgten Bürger“. Sie meinen damit nicht die Angst vor sozialem Abstieg oder unbezahlbar werdendem Wohnraum, sondern die irrationale Angst vor Überfremdung, Menschen mit anderer Hautfarbe, dem Islam oder Fremden, die über deutsche Frauen herfallen. Es sind jene Schreckensszenarien und Ressentiments, die die AfD verbreitet und hoffähig gemacht hat. Es geht nicht um ernst zu nehmende Ängste, es geht um Rassismus.

Angst, Rassismus und falsche Feindbilder

Und dabei gäbe es Grund genug für wirkliche Besorgnis: 12 Prozent der Bevölkerung und sogar jedes dritte Kind in Deutschland leben inzwischen in Armut. Tendenz steigend. Mehr als jede dritte Stelle im Wirtschaftswunderland Deutschland ist befristet oder unterbezahlt. Tendenz steigend. Die Mieten in den Großstädten haben sich seit 2008 verdoppelt. Tendenz steigend. Und: Die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Das sind Ängste, die ernst zu nehmen wären. Die Parteien CDU/CSU, SPD und Grüne haben seit Jahren nichts gegen diese Tendenz getan. Die Zahl der Anträge auf Asyl hat diese Entwicklung nicht verursacht und noch so viele Asylrechtsverschärfungen werden die Lage nicht ändern. Die Bundesregierung trägt maßgeblich zum Erstarken der AfD bei. Nicht nur durch ihre unsoziale Politik, sondern indem sie den Rassismus der AfD bereitwillig aufgreift und Geflüchtete zu Sündenböcken macht.

Antirassismus ist auch eine soziale Frage

Rassismus spielt Menschen unterschiedlicher Herkunft, aber eigentlich gleichen sozialen Interessen gegeneinander aus. Ohne Rassismus gäben MigrantInnen, Geflüchteten und Muslime kein Feindbild ab, dem die Schuld für alles in die Schuhe geschoben werden kann. Ohne Rassismus wäre die Solidarisierung der ärmeren Hälfte der Bevölkerung untereinander deutlich leichter. Die Voraussetzungen für die Überwindung des Rassismus ist die Beseitigung der sozialen Ungleichheit, denn Antirassismus ist nicht nur eine moralische, sondern vor allem auch eine soziale Frage.

Collage: Maik Brückner

Mut zur Wahrheit: Das reale Programm der AfD

Die Positionen der AfD: Nicht „nur“ rassistisch, sondern zutiefst unsozial

Die AfD inszeniert sich gerne als Anwalt der kleinen Leute. Doch ein Blick auf die sozialpolitischen Positionen dieser Partei zeigt, dass die Umsetzung ihres Programms die soziale Ungerechtigkeit noch drastisch verschärfen würde. Die AfD lehnt den Mindestlohn ab und fordert ein noch niedrigeres Lohnniveau. Leiharbeit, Befristung und Werkverträge sieht sie hingegen nicht als Problem.

Den Hartz-IV-Satz will sie entweder massiv senken oder Arbeitslose gar zu unbezahlter Arbeit verpflichten.

Das Wahlrecht will sie vom „gesellschaftlichen Nutzen“ eines Menschen abhängig machen. Das heißt, dass zum Beispiel Arbeitslose oder Menschen ohne Kinder in ihren demokratischen Rechten beschnitten werden sollen.

Angesichts der extrem ungleichen Vermögensverteilung wären Steuern auf sehr hohe Einkommen, Vermögen und Erbschaften angebracht. Doch diese lehnt die AfD ab mit der Begründung, die gesellschaftlichen „Leistungsträger“ sollten nicht belastet werden. Es sind also nicht die kleinen Leute, für die die AfD sich einsetzt, sondern die Reichen.

Was die AfD „Leistungsgesellschaft“ nennt, ist eine unsolidarische Gesellschaft, wo jeder, der nicht nützlich genug ist, auf der Strecke bleibt. Das trifft nicht nur Geflüchtete. Genau so betroffen sind Erwerbslose, Alleinerziehende, GeringverdienerInnen, Langzeitstudierende et cetera. Die Politik der AfD würde sich negativ auf das Leben vieler Menschen auswirken. Der Rassismus soll dabei die Wut der Menschen kanalisieren und umlenken. ★

Daniel Morteza
Daniel studiert Soziale Arbeit, ist aktiv im SDS Berlin und im Bundesvorstand.

„Gleichstellung lehnt die AfD ab“

Wir sprachen mit dem AfD-Experten Andreas Kemper über ihre Positionen zu Frauen, Familien und Homosexualität.

Andreas Kemper
ist AfD-Experte. Er engagiert sich gegen Bildungsbenachteiligung von ArbeiterInnenkindern und promoviert zum Thema Klassismus. Er forscht zum Organisierten Antifeminismus.

Welche Familienpolitik vertritt die AfD?

Die AfD plant mit Maßnahmen wie Familiensplitting und Kinderrente gut verdienende Familien zu fördern und sieht gleichzeitig ein rigoroses Sparprogramm für weniger gut verdienende Familien vor. Die Förderung von Kitas soll beschnitten werden, was Kitas für arme Familien unerschwinglich machen würde. Kindergeld soll es nur für Deutsche geben und keinen Familiennachzug für geflüchtete Menschen. Die Ehe für Schwule und Lesben lehnt die AfD ab und propagiert eine traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau. Bei Scheidungen soll das Schuldprinzip wieder eingeführt werden, sodass die Richterinnen und Richter beurteilen können, wer für das Scheitern der Ehe die Verantwortung trägt.

Was ist mit anderen Formen des Zusammenlebens?

Patchwork-Familien werden nicht akzeptiert. Alleinerziehenden sollen die Mittel gekürzt werden, wenn sie nicht unverschuldet alleinerziehend sind. Für die AfD zählt nur die vermeintlich „natürliche“ Familienform.

Akzeptiert die AfD Schwule, Lesben und Transmenschen?

Die AfD unterscheidet zwischen Toleranz und Akzeptanz. Sie hält sich für tolerant. Das heißt, sie erduldet, dass es Schwule und Lesben gibt. Akzeptanz würde heißen, dass die Vielfalt unterschiedlicher Lebensweisen begrüßt würde. Letzteres will die AfD nicht. Die eingetragene Lebenspartnerschaft wird toleriert, aber ein Adoptionsrecht für Schwule und Lesben oder Schulunterricht, der andere Lebensweisen als normal darstellt, wird abgelehnt. Stattdessen hat die Thüringer AfD im Landtag den Antrag auf eine Zählung von Schwulen und Lesben im Land gestellt.

Feminismus ist bei jungen Menschen wieder im Kommen. Wie steht die AfD zu Gleichstellung und Selbstbestimmung?

Gleichstellung lehnt die AfD ab. Sie spricht sich für die traditionelle Rollenverteilung aus. Jede Form aktiver Gleichstellungspolitik von Quote über Gendermainstreaming bis zu geschlechtersensibler Sprache, Antidiskriminierungsgesetzen oder Diversity-Programmen wird abgelehnt und als „political correctness“ der sogenannten „Gutmenschen“ bekämpft. Björn Höcke versprach, die „perverse Geisteskrankheit Gendermainstreaming“ aus den Schulen und Hochschulen zu vertreiben. Der sogenannte „Genderismus“ gilt in weiten Teilen der AfD als „totalitäres Gesellschaftsexperiment“.

Welche Rolle spielt der „Antigenderismus“ für die AfD?

Es handelt sich um ein Kernmerkmal der AfD, quasi um ein Markenzeichen, das von der Mehrheit der Parteimitglieder vertreten wird. Bereits in der Entstehungsphase der AfD wurde gefordert, den sogenannten „Gender-Wahn“ zu stoppen. In Baden-Württemberg wurde ein entsprechendes Papier ohne Enthaltung oder Gegenstimme angenommen. In Niedersachsen erfreut sich ein Schulungsvideo der AfD über den angeblichen „Gender-Wahn“ großer Beliebtheit.

Vielen Dank für das Interview!

ANZEIGE

Sexisten am Campus und der Maulkorb für Studierende

In Frankfurt am Main befinden sich Studierende aktuell in einer rechtlichen Auseinandersetzung mit einem sogenannten „Pick-Up-Artisten“. Der Kampf gegen Sexismus wurde dabei auch einer gegen gerichtlich verordnete Maulkörbe. Von **Elisabeth Kula**

Als Tom (Name geändert) vor einigen Wochen seinen Briefkasten öffnete, wurde ihm schwindelig. Er soll mehrere tausend Euro an eine Anwaltskanzlei zahlen und eine Unterlassungserklärung unterschreiben. Mit einem Brief hatte er gerechnet, aber die Dimension war überraschend. Doch der Reihe nach.

Tom hatte erfahren, dass der AStA an der Uni Frankfurt mächtig in der Klemme steckt. Der Allgemeine Studierenden Ausschuss (AStA) ist die Interessenvertretung der Studierenden einer Hochschule. In seiner Zeitung hatte der AStA die sogenannte Pick-Up-Szene Frankfurts kritisiert und einzelne Macker mit Namen benannt. Selbsternannte „Pick-Up-Artists“ verstehen sich als Verführungskünstler und möchten anderen Menschen beibringen, wie sie auf jeden Fall jede Frau ins Bett kriegen. Frauen werden in der Szene nur als Begierdeobjekt angesehen, nicht als selbstständiges Subjekt. Demnach ist es völlig egal wie eine Frau auf „Pick-Up-Künste“ reagiert, ein „Nein“ bedeutet genauso wenig Nein wie Schweigen oder Distanzierungsversuche. Die selbsternannten Künstler meinen, man könne mit jeder Frau Sex haben, wenn man sie nur fest genug davon überzeuge. Auch in Frankfurt gibt es eine Pick-Up Agentur, die sogar am Campus mit ihren übergriffigen Methoden aktiv ist.

Auch Studenten sind Täter

Mehr als 50 Vorfälle gab es schon, schreibt der AStA Frankfurt und versucht mit einem Artikel das sexistische Treiben an die Öffentlichkeit zu bringen. Das Oberlandesgericht Frankfurt sah das aber anders und untersagte dem AStA Frankfurt gerichtlich die Artikel weiter zu veröffentlichen. Begründung: Es seien Persönlichkeitsrechte verletzt worden und zudem dürfe sich der AStA überhaupt nicht dazu äußern, da es nicht die Hochschule betreffe. Dass das Treiben auf dem Campus passiert, dass Studenten Täter und Studentinnen Opfer sind, scheint für das Gericht dabei keine Rolle zu spielen.

Diesen Hammer gegen Studierendenschaften konnten sich Toms SDS-Gruppe und etliche weitere Strukturen nicht gefallen lassen. Wenn sich ein AStA nicht zu sexistischen Übergriffen am Campus und darüber hinaus äußern darf, wer dann? Tom, der AStA Marburg, der fzs – der bundesweite Zusammenschluss von Student*innenschaften – und viele andere telefonierten stundenlang miteinander und überlegten, was zu tun ist. Schließlich veröffentlichen sie die Artikel noch einmal und traten an die Medienöffentlichkeit. Toms SDS-Gruppe beteiligte sich daran und deswegen haben Tom und alle, die den Artikel mit Namen veröffentlicht haben, nun diesen Brief im Briefkasten.

Kampf mit einer Großkanzlei

Der Brief kommt von der Anwaltskanzlei des genannten „Pick-Up Artist“. Tom recherchiert: Es handelt sich um eine riesige, auf den Umgang mit Medien spezialisierte Kanzlei mit Niederlassungen in allen Großstädten der Welt. Außerdem vertritt sie einen AfDler gegen Claudia Roth, die dieser sexistisch beleidigt hatte. Das Thema ist also kein Neuland für die Kanzlei. Nicht die besten Voraussetzungen für eine öffentliche Auseinander-

Foto: Maik Brückner

Eine Armlänge Abstand

setzung um das Thema, denkt sich Tom. Und genau so kommt es.
Nachdem alle die Briefe der Kanzlei gleich am Tag nach der Neu-Veröffentlichung der Artikel erhalten hatten, tauschten sich die Studierendenvertretungen und –verbände erneut über das Vorgehen aus. Zum Glück haben sie einen guten Anwalt gefunden, mit dem auch Tom in Kontakt ist. Da es allen um das Thema und nicht um eine gerichtliche Auseinandersetzung geht, nahmen sie den Artikel vorerst aus dem Netz, um ihn später mit geschwärztem Namen wieder hochzuladen. Eine Schuld auf sich zu nehmen und den monetären Forderungen nachzugeben, kommt für das Bündnis nicht in Frage, schließlich sehen sich die Studis im Recht. Die Fristen der Kanzlei haben Tom besonders gestresst: zwei Tage gab sie Zeit, um auf die Forderungen zu reagieren sonst drohe ein Gerichtsverfahren.
Die Presse stand zunächst mehrheitlich auf der Seite der Studis. Als aber taz und hessenschau neue Artikel veröffentlichten, haben sich Toms Befürchtungen realisiert: Die Kanzlei scheint eine verdammt gute Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Die Artikel gaben im Grunde genau das wieder, was die Anwaltskanzlei vorgab. Die Aussichten auf eine breite Öffentlichkeit, die den drohenden Prozess im Sinne der Studierenden begleiten könnte, wurden schlechter.
Wieder folgten Telefonkonferenzen, wieder Debatten mit neuen Gruppen, die zum Bündnis dazu kamen. Aber es lohnt sich, denn immer mehr BündnispartnerInnen stoßen hinzu und immer mehr erfahren von der Auseinandersetzung und solidarisieren sich. Zustimmung und Rückenwind für einen möglichen Prozess wachsen. Indes zeigt sich die Kanzlei scheinbar beeindruckt, keine der massiven Drohungen gegen Tom und den Rest wurde bisher realisiert.
Tom hofft, dass sich Medien nicht nur für große Kanzleien und deren Position interessieren, sondern auch das gewachsene Bündnis mehr Gehör findet. Denn Sexismus und sexualisierte Gewalt werden sie weiterhin öffentlich anprangern, allen Drohungen zum Trotz. ★

Elisabeth Kula ist Referentin für Hochschulpolitik im AStA Marburg und setzte sich auch im SDS für feministische Kämpfe ein. In ihrer Freizeit lädt sie den Frust gern mit ihrer Thrashmetal Band ab.

i „Pick-Up-Artists“ sind global vernetzte Unternehmer, oft „Flirtgurus“ genannt, die als Trainer fürs „Flirten“ oder „Anmachen“ fungieren und damit ihren Lebensunterhalt bestreiten. Sie haben jeweils eigene Strategien und Taktiken, die sie bei YouTube aber insbesondere in eigenen Foren verbreiten und diskutieren. Das Repertoire geht von peinlich bis übergriffig. Berühmte Vertreter der Szene sind auf Videos zu sehen, in denen sie Frauen würgen (‚choken‘) und deren Kopf an ihre Genitalien pressen. Solche und weitere gewaltvolle „Taktiken“ sollen Männern dann zum „Erfolg“ verhelfen. Die Szene gibt es auch in Deutschland. Sie sind beinahe in allen Großstädten mit Agenturen vertreten und agieren mit ihren Mandanten im öffentlichen Raum, sprechen Frauen dort an, setzen sie unter Druck und werden manchmal auch übergriffig. Die Akteure der Szene machen Frauen zu Objekten, gehen Frauen aggressiv an und stellen deshalb eine reale Gefahr dar.

Kein Platz für Rassismus im Feminismus

Sexismus gibt es nicht erst seit Menschen nach Deutschland fliehen – nicht einmal öfter. Deshalb müssen wir Sexismus und Rassismus gemeinsam bekämpfen, findet **Yasmin Nahhass**

Seit in der Kölner Silvesternacht weit über hundert Frauen Opfer sexueller Übergriffe wurden, sind die Medien mit Diskussionen über Sexismus gefüllt.
Direkt wurden Geflüchtete beschuldigt. Es wurden Ängste geschürt und gehetzt. Plötzlich ist es der böse Nordafrikaner, der die weiße Frau missbrauchen will. Cover, auf denen eine weiße Frau von schwarzen Armen angefasst wird, waren vermehrt zu sehen. Die weiße Frau würde vom schwarzen Mann beschmutzt werden. Diese Art von rassistischer Hetze ist alt. Sie knüpft an rassistische Erzählungen aus Kolonialzeiten vom sexuellen Wilden an, vor denen der edle weiße Mann „seine“ Frauen schützen müsse. Diese Vorurteile bedient auch Björn Höcke, wenn er vom „lebensbejahenden afrikanischem Ausbreitungstyp“ spricht, der Europa überfluten und die EuropäerInnen verdrängen würde. Später stellte sich heraus, dass sich unter den etwa 50 Tätern der Kölner Silvesternacht nur drei Geflüchtete befanden. Doch das wurde im Nachhinein nicht groß thematisiert, denn die rechten HetzerInnen und Medien lieben ihre Sündenböcke.

Sexuelle Übergriffe gibt es jedes Jahr beim Oktoberfest

Aber wo ist der Aufschrei der Medien zum jährlichen Oktoberfest, bei dem hunderte Frauen von Deutschen belästigt werden? Interesse gibt es hier nicht. Die Täter sind schließlich nur Deutsche.
Auch außerhalb von Großereignissen ist Sexismus ein Problem, etwa beim Job oder in der Familie. Frauen erhalten in Deutschland trotz gleicher Arbeit durchschnittlich 22 Prozent weniger Gehalt als Männer. Jede dritte Frau wird sexuell belästigt, jede vierte erlebt sexuelle Gewalt und jede siebte wurde bereits vergewaltigt oder erfuhr schwere sexuelle Nötigung. Auch hier sind die Täter meist keine Nordafrikaner oder andere Ausländer, sondern vor allem Deutsche.
Doch „die Deutschen“ sind genauso wenig das Problem wie „die Nordafrikaner“ oder „die Geflüchteten“. Sexismus ist überall weltweit anzutreffen, so wie viele andere Diskriminierungsformen auch. Die Nationalität oder Herkunft spielt dabei absolut keine Rolle. Der Anteil der angezeigten Sexualstraftaten an allen angezeigten Straftaten liegt bei Deutschen und bei Geflüchteten gleichermaßen bei knapp einem Prozent. Wenn ausländische Straftäter abgeschoben werden, würde sich also an der Häufigkeit von Sexualstraftaten nichts ändern. Sexismus kann man nur mit Aufklärung und ständigem Widerspruch bekämpfen, nicht mit Abschiebungen.
Wir müssen verhindern, dass sich Rechte als FeministInnen inszenieren und die aktuellen Ereignisse missbrauchen, denn zunehmend ist zu beobachten, wie AfD und Pegida auf die Straße gehen und angeblich für Frauenrechte einstehen. Es kann nicht sein, dass Sexismus als Vorwand für rassistische Hetze genutzt wird. So zum Beispiel bei einer Demonstration in Potsdam, zu der die AfD unter dem Motto „Die Würde der Frau ist unantastbar“ kurz nach den Vorfällen der Kölner Silvesternacht aufrief. Dabei ist es gerade die AfD, die in ihrem Parteiprogramm fordert, dass Gleichstellungsbeauftragte abgeschafft, Frauen lieber zu Hause bleiben und kinderlose Frauen durch höhere Abgaben bestraft werden sollen, da sie nichts zur Gesellschaft beitragen würden.
Besonders nach den Wahlerfolgen der AfD in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt müssen wir den sexistischen und rassistischen Charakter der Partei offen anprangern und bekämpfen. Wir dürfen den sogenannten FemonationalistInnen keine Plattform bieten, die sich nur dann zu Wort melden, wenn SexistInnen ausländisch sind, denn wie die schwarze Feministin Angela Davis bereits sagte: „Ich kann mir keinen Feminismus vorstellen, der nicht auch antirassistisch ist.“ ★

Yasmin Nahhass ist aktiv bei Die Linke.SDS in Münster und Bundesvorstandsmitglied. Sie studiert Rechtswissenschaft in Münster und hat leider auch schon sowohl Sexismus als auch Rassismus erlebt.

Bild: CC-SA 4.0 Ibrahem Qasim

Kein Frieden in Sicht

Noch vor kurzem schien eine friedliche Lösung in Sicht. Jetzt fließt wieder Blut im Südosten der Türkei.

Von **Carolin Hasenpusch**

Zerschossene Fassaden, ausgebrannte Keller und menschenleere Straßen: die Bilder aus vielen kurdischen Städten in der Türkei sind schockierend und machen deutlich, dass der Krieg wieder im Südosten des Landes angekommen ist. Unter dem Deckmantel der „Terrorismusbekämpfung“ wird seit November letzten Jahres mit Panzern und Scharfschützen in Wohngebieten gekämpft und es werden Ausgangssperren verhängt. Ganze Stadtviertel mitsamt ihren Kulturgütern wurden zerstört. Hunderte ZivilistInnen sind dabei bisher ums Leben gekommen. Der Krieg wird im Moment in einer nie dagewesenen Form auch in den Städten ausgetragen. 200.000 Menschen sollen bisher vor dem Krieg in den kurdischen Gebieten innerhalb der Türkei auf der Flucht sein.

Im Westen des Landes äußert sich der Krieg vor allem darin, dass immer drastischer gegen jede Form von Opposition vorgegangen wird. Hunderte Mitglieder der links-pluralistischen HDP sind in den letzten Monaten verhaftet und angeklagt worden. Demonstrationen und Kundgebungen werden sofort von der Polizei angegriffen und brutal aufgelöst. JournalistInnen, AkademikerInnen, Kunstschaffende und linke Intellektuelle sind massiven Repressionen ausgesetzt und finden sich vor Gericht wieder. Meistens wird der Vorwurf der Präsidentenbeleidigung, der (vermeintlichen) Nähe oder Befürwortung des Terrorismus oder der „Beleidigung des Türkentums“ erhoben. Viele Zeitungen wurden unter staatliche Kontrolle gebracht, kürzlich erst die auflagenstärkste und nicht-mehr-regierungsnahe Zeitung Zaman. Auf einer Rangliste von Reporter ohne Grenzen zum Stand der Pressefreiheit liegt die Türkei auf Platz 149 von 180 Staaten.

Die AKP hat das Interesse an Friedensverhandlungen verloren

Gerade mal knapp ein Jahr ist es her, dass sich VertreterInnen der AKP-Regierung und der HDP zu Gesprächen getroffen haben, um über einen Fahrplan für den Friedensprozess – die sogenannte Dolmabahce-Erklärung – zu beraten. Zweieinhalb Jahre Friedensverhandlungen gingen dieser Erklärung voraus. Doch der Krieg ist zurück und Friedensverhandlungen sind wieder in weiter Ferne.

Die Dynamik hinter der plötzlichen Abwendung der Regierungspolitik vom Friedensprozess ist nicht ganz einfach zu erklären, denn es gibt gleich mehrere Faktoren. Entscheidend aber war, dass die AKP-Regierung das politische Interesse an Friedensverhandlungen verlor. Das Hauptziel der Regierung bei diesen bestand in der Hoffnung, kurdische WählerInnen an sich zu binden. Dies ist der AKP bei den Wahlen im Juni 2015 nicht gelungen. Die HDP mit ihrem Programm für Frieden und Demokratie hat ihre Stimmen hingegen bei den ersten Wahlen im Juni 2015 verdoppeln können. Als erste Partei, die aus der kurdischen Bewegung kommt, übersprang sie die undemokratische 10-Prozent-Hürde. Dadurch verlor die AKP ihre absolute Mehrheit im Parlament. Besonders in den Städten mit hohem Anteil kurdischer EinwohnerInnen verlor die AKP stark an Stimmen. Der Traum der Regierung von einer Verfassungsänderung und der Einführung eines Präsidialsystems zerplatzte. Auch die militärischen Erfolge der KurdInnen in Syrien und die Entwicklungen in Rojava haben die Regierung nicht fröhlich gestimmt. Es folgte eine Strategieänderung: Statt Dialog wurde nun die Eskalation gesucht. Das Ziel war von da an die PKK und alle (vermeintlich) zu ihrem Umfeld zählenden Gruppen komplett zu besiegen. Nationalismus und Rassismus bestimmen nun wieder das staatliche Handeln.

Diese Taktik ist nicht neu und auch keine spezielle Eigenart der AKP. Der Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und die Freiheitsbewegung dauert – mit Unterbrechungen – nun bereits 35 Jahre an. Er hat seinen Ursprung im rassistischen Charakter des türkischen Staates selbst, der auf der Ideologie des Kemalismus basiert. Stark verkürzt dargestellt, ist dies eine Staatsideologie der Assimilation ethnischer Minderheiten einhergehend mit einer stark nationalistischen Ausrichtung. Armee und Bürokratie sind die „Hüter“ dieser Ideologie. Jahrelang stellte die AKP sattdessen stärker ihre „islamische Identität“ in den Fokus. „Wir sind alle Muslime und Brüder“ war ein Satz, den die AKP oft in Bezug auf die KurdInnen gebrauchte. Fallen die KurdInnen als AnhängerInnen und WählerInnen weg, besteht auch kein Interesse mehr daran, diese „Brüderlichkeit“ aufrecht zu erhalten. Um den Traum Erdogans und der AKP vom Präsidialsystem zu verwirklichen, wird eine aggressive Atmosphäre geschaffen und die Unterstützung nationalistischer Kreise gesucht.

Alles deutet darauf hin, dass die Situation noch weiter eskalieren wird. Die AKP fordert eine „breitere Definition von Terrorismus” im türkischen Strafrecht.

Symbolbild

So sagte Erdogan: „Zwischen Terroristen, die Waffen und Bomben tragen, und jenen, die ihre Position, ihren Stift oder ihren Titel den Terroristen zur Verfügung stellen, damit diese an ihr Ziel gelangen, besteht überhaupt kein Unterschied“. Das Vorgehen gegen jede Form von Opposition wird wohl noch härter werden. Es wird wahrscheinlich auch militärisch noch weiter eskalieren. Die Hoffnungen auf baldigen Frieden sind weg.

Die Hoffnung auf baldigen Frieden sind weg

Angesichts dieser Lage ist es erschreckend, dass die Türkei nun engster Verbündeter der EU in Bezug auf die „Flüchtlingsfrage“ werden soll. Bereits seit Dezember 2013 verhandeln die Staaten der EU, allen voran die Merkel-Regierung, mit der türkischen Regierung über das so genannte „Rücknahmeabkommen“. Jetzt soll es in Kraft treten. Illegale Zuwanderung soll unterbunden werden und geflohene Menschen aus der EU zurück in die Türkei geschickt werden. Konkret heißt das, dass alle Schutzsuchenden, die auf den griechischen Inseln ankommen, schnell nach einem Pro-Forma-Verfahren wieder in die Türkei abgeschoben werden sollen. Für jede so abgeschobene Person nimmt die EU einen syrischen Geflüchteten aus der Türkei auf legalem Wege auf. Die Europäische Union verabschiedet sich damit vom individuellen Recht auf Asyl. Damit diese Zusammenarbeit zustande kommt, verlangt die Türkei mittlerweile 6 Milliarden Euro. Außerdem soll die Visapflicht für türkische StaatsbürgerInnen in den Schengen-Ländern wegfallen und die Gespräche zum EU-Beitritt wieder aufgenommen werden. Ein schmutziger Deal. Laut eines Rechtsgutachtens von Pro Asyl verstößt er nicht nur gegen die Europäischen Menschenrechtskonventionen, sondern gibt auch der AKP-Regierung Rückendeckung für ihre Politik. Die EU schweigt dazu und versucht Geflüchtete außerhalb der Festung Europa zu halten. Diese Politik ruft neues Elend und neue Flüchtlingswellen hervor und wird zu mehr Toten führen. ★

Carolin Hasenpusch studierte Soziologie und Politikwissenschaften und arbeitet im Bereich der politischen Bildung. Sie ist in der LINKEN in Berlin aktiv und hat längere Zeit in der Türkei gelebt.

Die kurdische Freiheitsbewegung an den Hochschulen

Leyla Karadeniz kommt aus Gießen. Sie ist bei YXK aktiv und für die LINKE im Kreistag. Außerdem unterstützt sie ein Kurdistan Solidaritätsbündnis und die Arbeit gegen Rechts.

Wofür gibt es den kurdischen Studierendenverband YXK in Deutschland?

Damit wir Jugendliche organisieren können und die Perspektive der kurdischen Freiheitsbewegung an den Hochschulen vertreten ist. Deshalb sind wir in der Verfassten Studierendenschaft und in Fachschaften aktiv und machen oft spontane Aktionen wie Flashmobs, um auf die Situation in Kurdistan aufmerksam zu machen. Wir suchen auch den Schulterschluss mit anderen fortschrittlichen Gruppen, um Solidarität für den gemeinsamen politischen Kampf in der BRD zu organisieren.

Worin besteht eure Arbeit in Deutschland?

Bildung und Kultur sind uns besonders wichtig. Wir organisieren Lesekreise, Bildungstage, Filmvorführungen und Feiern, damit die kurdischen Traditionen nicht in Vergessenheit geraten. Außerdem organisieren wir Delegationsreisen zum Beispiel zum Neujahrsfest Newroz im März. Das bietet die Möglichkeit die kurdische Kultur und Sprache sowie den Aufbau von alternativen basisdemokratischen autonomen Strukturen kennenzulernen. Jährliche Höhepunkte in Deutschland sind die Hüseyin Celebi Literaturveranstaltung und das Delil Ates Hallenfussballturnier. Hüseyin Celebi war Mitgründer der YXK und Delil Ates ein Genosse. Beide kamen im Krieg ums Leben, wie viele andere aus der YXK auch. Gerade durch diese Veranstaltungen möchten wir die Zusammenarbeit stärken. Darüber hinaus publizieren wir vierteljährlich unsere Zeitschrift Ronahi mit Artikeln auf Deutsch und Kurdisch und verfassen wissenschaftliche Broschüren und Publikationen.

Werdet ihr in Deutschland politisch Verfolgt?

Als YXK werden wir immer automatisch als PKK-nah eingestuft. Der Verfassungsschutz versucht unsere Veranstaltungen zu verhindern, in dem er uns als gefährliche TerroristInnenen bei den VermieterInnenn ankündigt. Obwohl wir ein legal eingetragener Verein sind, ist unsere Fahne zum Beispiel in Mainz verboten. Mitglieder und SympathisantInnen der YXK werden politisch unterdrückt. Die Razzia im Jugendzentrum Kornstraße in Hannover im Februar ist ein Beispiel dafür. An manchen Universitäten können wir uns nicht als Hochschulgruppe eintragen lassen.

In der Türkei tobt derzeit ein Bürgerkrieg. Wie beeinflusst er das Leben der KurdInnen?

Viele von uns haben Verwandtschaft dort, um die wir uns große Sorgen machen. In den Medien geht es hauptsächlich darum, wie die Türkei die Geflüchteten aus Syrien kontrollieren könnte. Doch durch den Krieg, den die Türkei in Nordkurdistan führt, gibt es nun noch mehr Geflüchtete. Die Türkei zu einem sicheren Herkunftsland zu erklären, trifft insbesondere die KurdInnen. Es wird keinerlei Rücksicht auf die Menschenrechtsverletzungen gegen KurdInnen in der Türkei genommen.

Was wären Voraussetzungen für einen Friedensprozess?

Zunächst einmal die Freilassung von Abdullah Öcalan und allen anderen politischen Gefangenen. Dann müsste der Staatsterror im Nahen und Mittleren Osten gestoppt werden und vor allen Dingen der Krieg gegenüber KurdInnen in der Türkei. Die demokratische Autonomie der KurdInnen muss akzeptiert werden.

Vielen Dank für das Interview!

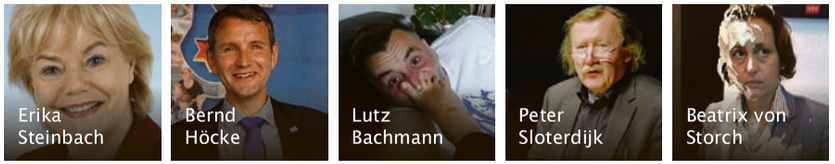
Das Interview führte Malte Pannemann.

ANZEIGE

Diether Meier

Chronik | Info | Freunde 2 gemeinsame Freunde | Fotos | Mehr

Freunde · 678 (2 gemeinsame Freunde)



Diether Meier
2 Std.

Asylpaket II!
Sogar die Grünen nehmen unsere Forderung endlich ernst!!

Bundesrat: Kretschmann verteidigt Asylkompromiss - SPIEGEL ONLINE

Ministerpräsident Kretschmann spricht von "substanziellen Verbesserungen"

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

Diether Meier
53 Min

Je mehr Flüchtlinge hier herkommen, desto mehr sinken die Löhne und steigen die Mieten!

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

Kerstin Wolter: Klar werden die Arbeitgeber versuchen, das Leid der Flüchtlinge zu nutzen, um billige Arbeitskräfte zu generieren und das Lohnniveau insgesamt zu senken. Wenn du willst, dass die Löhne wieder steigen, dann werde Gewerkschaftsmitglied und kämpfe mit uns für bessere Tarifabschlüsse und einen Mindestlohn von 10 Euro – und zwar für alle!

Gefällt mir · Antworten

Maik Brückner: Wer erhöht deine Miete? Der Flüchtling oder dein Vermieter?

Gefällt mir · Antworten

Bettina Gutperl: Die Mieten sind seit der Finanzkrise 2008 regelrecht explodiert. Glaubst du, es sind Flüchtlinge, die in den Luxuswohnungen in Berlin, Hamburg und München wohnen? Gegen steigende Mieten hilft nur eine konsequente Mietpreisbremse und sozialer Wohnungsbau, aber ganz bestimmt keine Hetze gegen die, die am allerwenigsten haben.

Gefällt mir · Antworten

Diether Meier
6 Std.

Daniel Morteza: Damit reihen sich die Grünen wieder einmal in die ganz große Koalition der AsylverschärferInnen ein. Das Asylpaket enthält keine einzige Maßnahme zum Schutz von Geflüchteten, stattdessen wird schon mal vorsorglich der Forderungskatalog von AfD und Pegida erfüllt: Abschiebeverfahren im Eiltempo und unangekündigte nächtliche Abschiebungen, unwürdige Sach- statt Geldleistungen, strenge Begrenzung des Familiennachzugs, Abschiebungen trotz schwerer Krankheiten und Traumata. Pro Asyl spricht treffend von einem „Frontalangriff auf das individuelle Asylrecht".

Gefällt mir · Antworten

Janis Ehling: Typisch Grün: Erst einen auf tolerant und Flüchtlingspartei machen und dann mal eben der härtesten Asylrechtsverschärfung seit 20 Jahren zustimmen. Das Schlimmste an der ganzen Sache: Die Grünen hätten das Gesetz im Bundesrat durch ein Nein sogar zu Fall bringen können! Aber Herr Kretschmann ist offensichtlich zu staatsmännisch für Menschenrechte geworden.

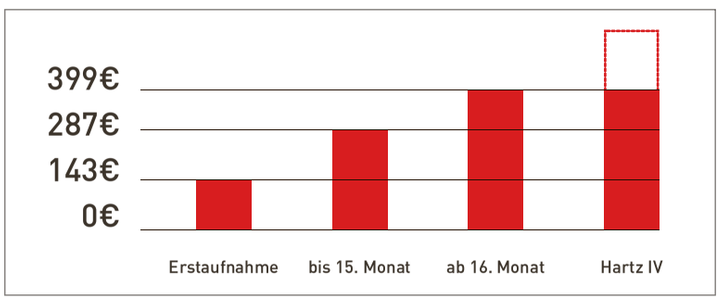
Gefällt mir · Antworten

Diether Meier
17 Std.

Die Asylanten bekommen 9.000 Euro Begrüßungsgeld und auch sonst mehr als Hartz IV!

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

Malte Pannemann: Asylbewerber sind finanziell immer schlechter gestellt. Sie erhalten in den ersten Monaten deutlich geringere Leistungen als bei Hartz IV und sind auch später nicht gleichgestellt. In den ersten drei Monaten erhalten sie 143 Euro und Sachleistungen. Bis zum 15 Monat 287 Euro und die Miete, erst ab dem 16 Monat 399 Euro und Miete aber keine Sonderleistungen. Hartz IV hingegen sind 399 Euro plus Miete und Sonderleistungen… und das ist schon zu wenig.



Gefällt mir · Antworten

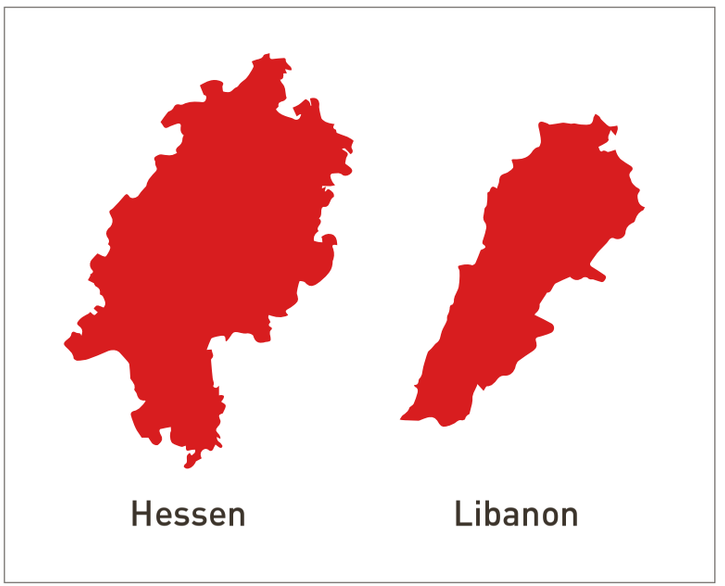
Die ganzen Flüchtlinge kommen immer alle nach Deutschland! Wir sind der Zahlmeister für die ganze Welt!

Gefällt mir · Kommentieren · Teilen

Christian Schaft: Die Zahlen von Geflüchteten in Deutschland werden selten in einem globalen Kontext betrachtet. Denn dann relativieren sich diese recht schnell. Im Jahr 2015 wurden in der Bundesrepublik ca. 447.000 Erstanträge auf Asyl gestellt. Laut den Zahlen des Bundamtes für Migration und Flüchtlinge, waren damit insgesamt ca. 1,1 Mio. Asylsuchende hier registriert. Allerdings gibt es unter den ca. 1,1 Mio. Registrierten eine hohe unbekannte Zahl an Doppel- und Fehlregistrierungen. In ganz Europa stellten im Jahr 2015 ca. 1,3 Mio. Menschen einen Antrag auf Asyl. Damit kamen lediglich 34 % der nach Europa Geflüchteten nach Deutschland. Diesen Zahlen an Menschen, die in Deutschland Schutz suchen, stehen die 60 Millionen Menschen weltweit gegenüber, die aufgrund von Krieg, Gewalt, politischer Verfolgung, existentieller Not und Bedrohung aus verschiedensten Gründen auf der Flucht sind. Über zwei Drittel dieser Menschen sind Binnenvertriebene und flüchten somit im eigenen Land.

Gefällt mir · Antworten

Jakob Migenda: Im kleinen Libanon lebten nach Angaben des Flüchtlingshilfswerk der UN 2014 1,1 Millionen registrierte Flüchtlinge aus Syrien. Inzwischen dürften es fast 1,5 Millionen sein. Und das in einem Land, das etwa so viele EinwohnerInnen hat wie Hessen, nur halb so groß ist und nur rund ein Achtel von dessen Wirtschaftsleistung hat. Übrigens: Hessen hat seit 2006 nur 250.000 Flüchtlinge aufgenommen.



Gefällt mir · Antworten

„Es war richtig zu streiken“

Mit einem riesigen Unistreik brachten die Studierenden in Landau letzten Winter die ganze Uni zum Erliegen. Wir sprachen mit Katharina ‚Ina’ Schmidt vom dortigen AStA über Gründe und Erfolge des Protests.

Katharina Schmidt studiert Sonderpädagogik an der Uni Landau und ist dort aktiv im Referat Studium des AStA. Ihr Ziel im Uni-Streik war vor allem die praktische Studierbarkeit.

Critica: Ein riesiger Streik der Studierenden, Audimax dauerhaft besetzt und kurzzeitig die gesamte Uni lahmgelegt – eure Bilanz klingt sehr beeindruckend. Hattet ihr das geplant?

Ina: Nein, geplant war nichts. Um die Studierenden zu informieren hatte der AStA eine Vollversammlung über die Rechte der Studierenden und die Probleme in Landau einberufen. Bei dieser riefen dann die 500 anwesenden spontan zum Streik auf. Das war weder vorhersehbar, noch war klar, wohin sich das entwickeln würde. Die Dynamik ging dabei definitiv von den Studierenden aus.

Was waren die Probleme, über die ihr bei der Vollversammlung informiert habt?

Kein Platz in der Mensa oder in Vorlesungen, überfüllte Seminare, Probleme in Seminare überhaupt rein zu kommen. In einem Seminar, das für 60 Studierende genehmigt ist, sitzen schon mal 100. Die Räume sind dafür nicht ausgelegt, so dass man vor der Tür stehen oder auf der Fensterbank sitzen muss.

Und was sind die Ursachen für die schlechten Studienbedingungen?

Ursprünglich ist die Uni für 3000 Studierende geplant worden. Dieses Wintersemester waren aber 7000 Studierende eingeschrieben; Erstsemester bringen Fördergeld. Nennenswert mehr Platz wurde seitdem nicht bereitgestellt. Es gab einfach keinen Platz mehr, um sein Studium durchzuführen. Über die Jahre hat sich so immer mehr Unmut angestaut.

Wer hat an den Protesten teilgenommen?

Ein Beispiel gibt einen Eindruck von der Breite: Bei der größten Audimax-Sitzung war dieses absolut überfüllt, während es gleichzeitig eine Live-Übertragung in einen vollen Hörsaal mit 300 Plätzen gab. Daneben gab es noch einen Live-Stream, über den auch sehr viele zuschauten.

Warum habt ihr überhaupt das Audimax besetzt?

Wir brauchten einen Ort, der groß genug für unsere Treffen war. Im Audimax fand täglich unsere Vollversammlung statt, bei der wir den Tag nachbesprachen und den kommenden planten. Das ging immer nur von Tag zu Tag. Das Audimax war unser Organisationszentrum.

Eure Forderungen, die damals entwickelt wurden, bestehen weiterhin. Welche sind das?

Im Wesentlichen zielten die Forderungen auf die Studierbarkeit ab. Alle Studiengänge sollen erhalten bleiben und die Raumkapazitäten angemessen geplant werden, so dass alle Studierende einen Tisch und einen Stuhl haben. Es braucht mehr Stellen für Dozierende um die Lehre zu sichern. Auch sollte das Betreuungsverhältnis von Studierenden zu Dozierenden verbessert werden.
Daneben wurden die Forderungen auf bessere Arbeitsverhältnisse von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Junior-Professuren ausgeweitet.

Wurde auf eure Forderungen eingegangen?

Kleine Sachen, die ad hoc regelbar waren, wurden direkt umgesetzt. Es gibt nun etwa studentische Aufenthaltsräume und wir bekommen viel mehr Bücher für die Bibliothek, so dass wir eine knapp durchschnittliche Ausstattung für eine Uni unserer Größe haben. Außerdem werden 5 Millionen Euro der bestehenden Uni-Rücklagen nun bedarfsorientiert auf die Fachbereiche aufgeteilt und in die Lehre investiert. Vieles, was jetzt in Angriff genommen wird und absolut notwendig ist, wird aber noch Jahre brauchen. Insgesamt sind wir sehr zufrieden, mit dem was wir erreicht haben. Nur auf unsere Forderungen, die wir an das Ministerium gestellt haben, wurde bisher noch gar nicht eingegangen.

Denkst du, dass es auch in anderen Städten derartige Probleme gibt?

Wir haben sehr viele Solidaritätsbekundungen von anderen Studierendenschaften bekommen. Das zeigt, dass es woanders auch schlecht läuft.

Was würdest du anderen Studierendenschaften für einen Streik mitgeben wollen?

Sich vernetzen ist wichtig. Wir sind etwa „Lernfabriken meutern“ beigetreten. Ansonsten müssen die Studierenden selbst entscheiden, ob sie streiken wollen, nicht deren Vertretungsstrukturen. Diese können die Dynamik dann nur unterstützen. Wir wussten am Tag zuvor nie wirklich, was morgen passieren würde. Oft wurde nächtelang gearbeitet und organisiert. Die Lösung hatten wir nicht. Eigentlich hatten wir gar nichts außer sehr vielen engagierten Studierenden, die gesagt haben, es reicht.

Vielen Dank für das Interview!

Das Interview führte Alexander Hummel

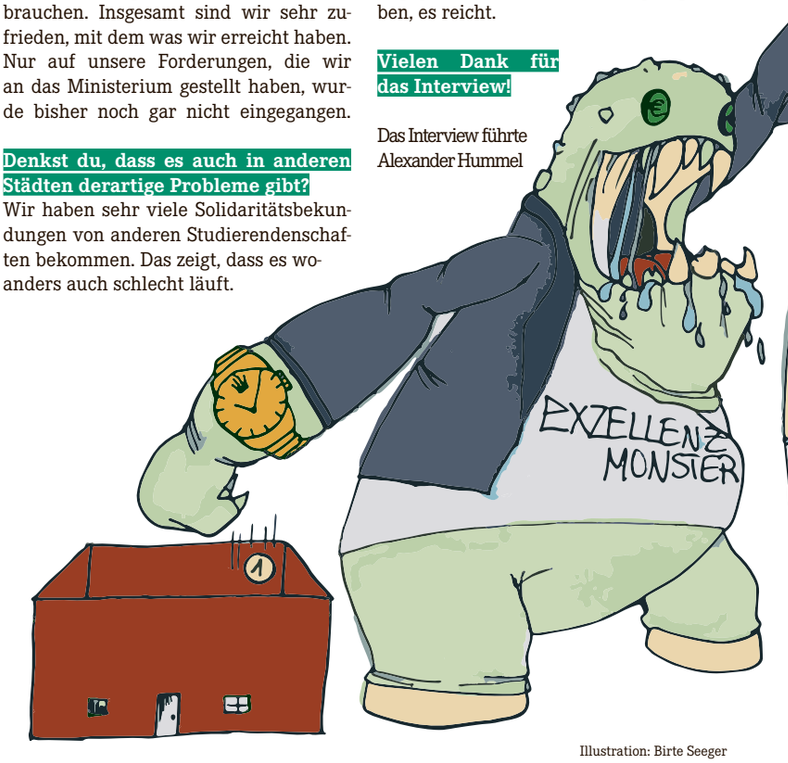


Illustration: Birte Seeger

ANZEIGE

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

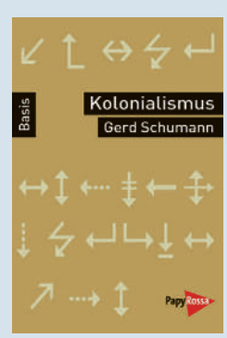
Basiswissen – kompakt, prägnant und kritisch

Andreas Wehr
DER KURZE GRIECHISCHE FRÜHLING
Das Scheitern von SYRIZA und seine Konsequenzen
191 Seiten | € 13,90
ISBN 978-3-89438-602-3

Mit der Hinnahme des von Berlin durchgesetzten Sparditktats wurde der gesamten europäischen Linken eine schwere Niederlage beigebracht. In der Konsequenz hält Wehr ein ›demokratisches und soziales Europa‹ unter den Bedingungen des Euro und der EU für eine Illusion.

Karin Leukefeld
FLÄCHENBRAND
Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat
2. Aufl. | 262 Seiten | € 14,90
ISBN 978-3-89438-577-4

Karin Leukefeld, in Damaskus akkreditierte Journalistin, erläutert, wie und warum die Region des ›Fruchtbaren Halbmondes‹ in Flammen aufgeht, welche Auswirkungen dies hat und welche Perspektiven sich abzeichnen.
»Ein gelungenes Reportagebuch« (Süddeutsche Zeitung).

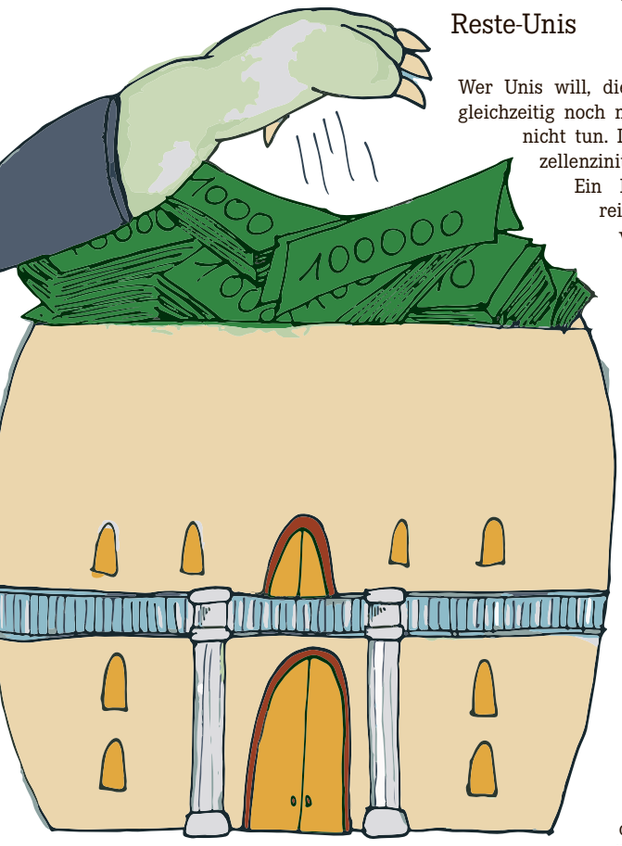


Gerd Schumann
KOLONIALISMUS, NEOKOLONIALISMUS, REKOLONISIERUNG
127 Seiten | € 9,90
ISBN 978-3-89438-580-4

Von den Sklavenhaltergesellschaften der Antike über die europäischen Entdecker und Plünderer aus Feudalismus und Kapitalismus sowie die neokolonialen Konquistadoren nach 1945 bis zur gegenwärtigen Rekolonisierung, die sich der überkommenen Methoden der Unterwerfung bedient.

„4,6 Mrd. Euro verschwendet“

Das Wort „excellere“ bedeutet übersetzt „hervorragen“ oder „emporragen“. Ganz in diesem Sinn soll die Exzellenzinitiative Spitzenforschung in Deutschland voranbringen. Um diesem Ziel näher zu kommen, wird in diesem Jahr bereits zum vierten Mal festgelegt, welche Universitäten, Fachbereiche und Forschungsprojekte im Rahmen der Exzellenzinitiative für die nächsten Jahre gefördert werden. Dabei werden immerhin 500 Millionen Euro pro Jahr vergeben. Das ist viel Geld.
Doch ragen die bisherigen Exzellenzunis und -projekte tatsächlich hervor, wie der Name verspricht? Der offizielle Evaluationsbericht zieht nach 10 Jahren ein eindeutiges Fazit: Es konnten keine nachweisbaren Effekte festgestellt werden. Dafür wurden bis jetzt insgesamt 4,6 Mrd. Euro verschwendet. Dieses Ergebnis ist zwar ärgerlich, aber andererseits auch erfreulich, weil die Exzellenzinitiative ihre selbstgesteckten Ziele verfehlt hat. Warum erfreulich?



Elitenförderung und Reste-Unis

Wer Unis will, die emporragen, will gleichzeitig noch mehr Unis, die dies nicht tun. Das Vorbild der Exzellenzinitiative sind die USA. Ein Beispiel: Von den reichsten 20 US-Universitäten hat jede einzelne mehr Geld als alle 26 Universitäten Nordrhein-Westfalens zusammen. Dass hierfür, wie in Harvard, Studiengebühren von 52.000 Dollar jährlich nötig sind und unzählige andere Unis nur den Bruchteil dieser Summe bekommen, wird gern verschwiegen. Wer Spitzenunis will, fordert daher auch immer weniger Geld für alle anderen Unis. Wenig überraschend studieren an Spitzenunis deshalb fast nur Studierende mit reichen Eltern. Durch das Instrument der Exzellenzinitiative wird zwischen den Unis eine künstliche Konkurrenz um finanzielle Mittel und Studierende geschaffen.

Konkurrenz gibt es bereits

Doch diese Spaltung zwischen Universitäten gibt es längst: „Spitzen“-Universitäten wie die TU München oder die Goethe-Universität Frankfurt erhalten viel Geld von privaten Unternehmen und ihren Landesregierungen, während auf der anderen Seite völlig unterfinanzierte Universitäten die „Massenausbildung“ übernehmen sollen. Während zum Beispiel die Frankfurter WirtschaftswissenschaftlerInnen im Commerzbank-Hörsaal beste Bedingungen vorfinden, sitzen 70 Kilometer weiter in Marburg die Studierenden auf dem Flur in heruntergekommenen Seminarräumen.
Durch die Exzellenzinitiative gibt es eben kein zusätzliches Geld für „arme“ Unis, sondern fast ausschließlich für die ohnehin reichen. Ungeachtet dessen bringt die Exzellenzinitiative für Studierende sowieso nichts, da sie nur auf Forschung abzielt. Sogar mit ihrem selbstgesteckten Ziel der Erzeugung größerer Ungleichheiten in der Forschung ist die Exzellenzinitiative gescheitert. Das ist erfreulich, da die Qualität der Forschung und Lehre in Deutschland trotz bestehender Ungleichheiten im Durchschnitt viel höher ist als in Ländern mit Spitzenuniversitäten. Mit dem Primat der Bildung und Wissenschaft für alle wird es hierzulande geschafft, den tatsächlichen Bedarf an akademischem Nachwuchs auszubilden. Insofern ist das System zwar bislang nicht exzellent, erfüllt aber wenigstens eine seiner zentralen Aufgaben. Doch auch das könnte ohne die Exzellenzinitiative besser laufen. Jährlich hätte jede Uni 4,6 Mio. Euro mehr, wenn die Gelder der Exzellenzinitiative direkt an die Unis fließen würden. Damit ist die Exzellenzinitiative ein besonders teurer Irrweg und ein Milliardengrab der deutschen Bildungspolitik.

Keine Spitzenforschung?

Der einzige Bereich aus der Exzellenzinitiative, der von öffentlicher Seite positiv bewertet wurde, waren die Promotionskollegs. Hier wurden befristete DoktorandInnenstellen projektgebunden geschaffen. Das hat zwar einigen NachwuchswissenschaftlerInnen eine Promotion ermöglicht, doch hier stellt sich die Frage: Warum werden die Unis nicht grundsätzlich besser ausgestattet, um dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine sichere Ausbildungs- und Lebensperspektive zu ermöglichen? Immer noch haben über 80 Prozent der Lehrkräfte Verträge mit weniger als zwei Jahren Laufzeit. Die Exzellenzinitiative schafft hier keine Abhilfe, sondern verstärkt die Unsicherheit der NachwuchswissenschaftlerInnen sogar noch. Wer bessere Forschung will, muss unbefristete Stellen schaffen, um langfristige Forschung überhaupt zu ermöglichen.
Es wäre besser, die Gelder der Exzellenzinitiative für die Grundfinanzierung der Universitäten einzusetzen. Die Bundesregierung überlegt stattdessen, noch weniger Universitäten zu fördern, um endlich die gewünschten Elite-Unis zu bekommen. Mit Exzellenz hat das in der Realität aber nichts zu tun. ★

Janis Ehling
Janis ist Bundesgeschäftsführer von Die Linke.SDS und beschäftigt sich seit Jahren mit dem Elend der deutschen Hochschulpolitik

ANZEIGE

Elektrisierend: nd digital für nur 9 €

Für Rechner, Smartphone oder Tablet!

Bei einem Traditionsblatt wie uns muss man ab und zu mal darauf hinweisen, wie sehr wir mit der Zeit gehen. Und neben der gedruckten Ausgabe täglich ein digitales Angebot ins Netz stellen, das es in sich hat. Allein das Webarchiv ist das Geld wert, doch es kommt noch besser:
Vier Wochen lang nd digital (Web, Archiv, ePaper, App) nur 9 Euro!* Elektrisiert? Dann los!

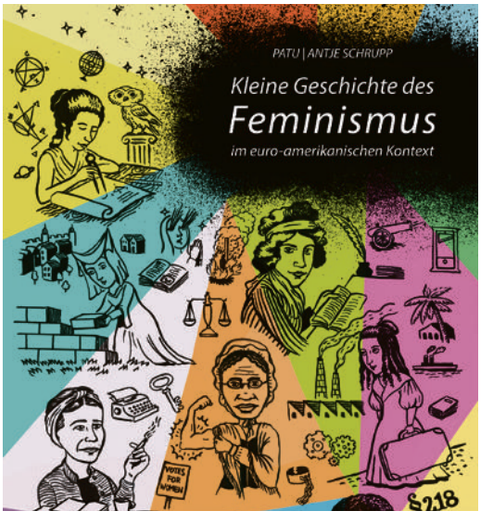
*Wenn Sie spätestens 7 Tage vor Ablauf der 4 Wochen kündigen, ist das Abo beendet. Andernfalls kostet es anschließend im Normaltarif € 20,00, ermäßigt € 12,70/ Monat.

Interesse? Dann anrufen unter (030) 29 78 18 00
Aboseite: neues-deutschland.de/online

neues deutschland
SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG
nd

Feministisch. Kritisch. Gut.

Feministische und kapitalismuskritische Texte gibt es an der Uni eher selten zu lesen. Diese drei Bücher schaffen Abhilfe und verwandeln deinen Nachttisch in ein kritisches Seminar.



Que(e)rbeet durch die Geschichte des Feminismus – ein Comic gegen das Patriarchat

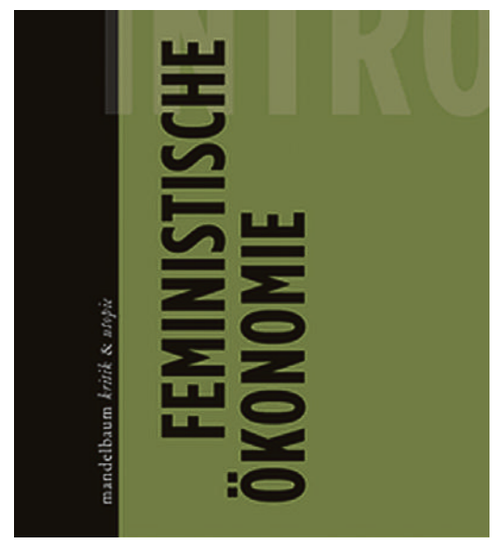
Geschichte geht auch mit wenig Text und vielen Bildern: Auf nicht mal 100 Seiten begibt sich der Comicband „Kleine Geschichte des Feminismus im euro-amerikanischen Kontext“ auf einen Streifzug que(e)r durch ebendiese.
Von der Antike bis zum zeitgenössischen Queerfeminismus werden kurz und einprägsam verschiedenste Kapitel feministischer Kämpfe und Themen behandelt. Für EinsteigerInnen, die einen ersten Überblick bekommen wollen, ist das ebenso unterhaltsam wie für alteingesessene FeministInnen, die von der Aufmachung und Betrachtungsweise angesprochen werden.
„Der“ Feminismus wird dabei nicht als ein fester Block bestimmter Meinungen präsentiert, sondern als aktives Vorgehen von Frauen* in verschiedenen Epochen gegen Ungerechtigkeit.
So werden die Kontinuitäten feministischen Aufbegehrens gezeigt und damit auch, dass dieses noch lange nicht vorbei ist. Klar wird, dass es weiter relevant ist, selbst wenn sich Themen durch Errungenschaften wie dem Frauenwahlrecht verschoben haben.
Trotz der knappen Form werden auch komplexere Themen wie Intersektionalität, also die Verschränkung verschiedener Unterdrückungsformen wie Sexismus und Rassismus, verständlich erklärt. Ein erfrischender Beitrag, der zeigt, wie eine alternative Geschichtsschreibung abseits der fast ausschließlichen Thematisierung männlicher Herrschaft aussehen kann.
Romina Schroetel

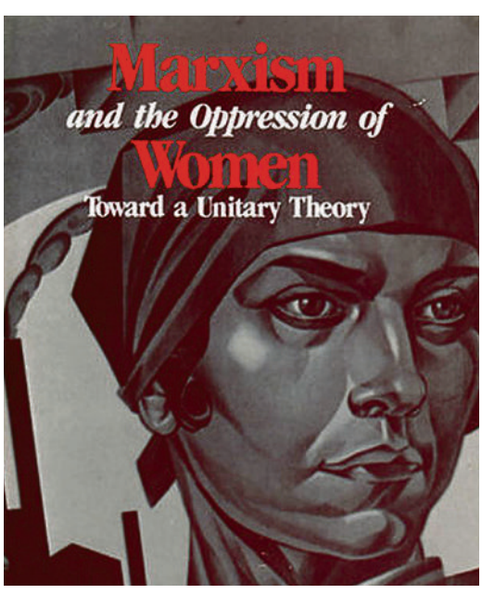
Antje Schrupp und Patu: Kleine Geschichte des Feminismus im euro-amerikanischen Kontext, Unrast Verlag, 86 Seiten, 9,80€

Das bisschen Haushalt kann so viel nicht sein – Eine Feministische Wirtschaftsgeschichte

Für das Putzen der WG-Küche gibt es keinen Lohn. Aber ist es deswegen auch keine echte Arbeit? Es sind Fragen wie diese, die Bettina Haidinger und Käthe Knittler in ihrem Buch „Feministische Ökonomie“ bearbeiten.
In zügigem Tempo wird darin die Entwicklungsgeschichte der Wirtschaftswissenschaften anhand weiblicher AutorInnen abgehandelt. Die gab es nämlich auch, aber sie wurden viel weniger rezipiert als ihre männlichen Kollegen. Wer auf der Suche nach einer Einführung in die Wirtschaftswissenschaft ist, wird hier bedient. Wer sich vor allem für feministische Theorien interessiert, kommt im Anschluss auf seine Kosten. Unterschiedliche Theorieansätze werden vorgestellt und diskutiert, wie diese sich zu wirtschaftlichen Fragen verhalten.
Der Fokus der Autorinnen liegt auf der Verteilung von Arbeitsaufgaben in der Gesellschaft. Wer produziert, wer erbringt Dienstleistungen, wer pflegt und erzieht und wie schätzen die verschiedenen wissenschaftlichen Theorien diese Fragen ein? Vor diesem Hintergrund wird der homo oeconomicus, das Leitmotiv der neoklassischen Wirtschaftswissenschaften, entzaubert, aber auch der Begriff, den der Marxismus von Arbeit hat.
Zum Abschluss ihres Buches besprechen die Autorinnen drei verschiedene Entwicklungsperspektiven. Diskutiert werden das bedingungslose Grundeinkommen, die Vier-in-einem-Perspektive von Frigga Haug und der Reproductive Commons Ansatz. Mit Blick auf die sozialen und politischen Auswirkungen wird der emanzipatorische Gehalt der Ansätze geprüft.
Malte Pannemann

Bettina Haidinger und Käthe Knittler: Feministische Ökonomie, Mandelbaum Verlag, 168 Seiten, 12,00 €





Soziale Reproduktionstheorie – Der Frauenunterdrückung auf den Grund gehen

Mit dem Beginn des Neoliberalismus in den 80ern geriet die sozialistisch-feministische Bewegung weltweit ins Schwanken. Kämpfe der ArbeiterInnenklasse und sozialer Bewegungen waren in der Defensive. Die politische Linke suchte eine neue Orientierung. FeministInnen und andere Linke kritisierten die damaligen Auslegungen des Marxismus und sprachen von der „unhappy marriage of patriarchy and capitalism“, und davon, dass der Marxismus „sex blind“ sei.
Im Jahr 1983 veröffentlichte Lise Vogel ihr Buch „Marxism and the Oppression of Women“. Damit erweiterte sie den Blick auf Marx‘ Kapitalismusanalyse um die Theorie der sozialen Reproduktion und ging der Unterdrückung der Frau im Kapitalismus auf den Grund. Gesellschaftliche Verhältnisse sollen ihrer Meinung nach nicht nur in Bezug auf Ausbeutung und Produktion, sondern auch in Hinblick auf die Reproduktion untersucht werden, also der Wiederherstellung der Arbeitskraft. Damit rückt die Organisation von privater und gesellschaftlicher Sorge- und Hausarbeit in den Fokus der Untersuchung.
Lise Vogels Werk kann damit als Wegbereiter für die „Soziale Reproduktionstheorie“ betrachtet werden, einer der Grundpfeiler für Theorien des Sozialistischen Feminismus.
In den damaligen Debatten fand das Buch jedoch kaum Beachtung. Erst in den letzten Jahren wurde Vogel in einem Auffrischen der feministischen Bewegungen wieder aufgegriffen und ihr Buch 2013 erneut aufgelegt. Allen, die sich für marxistische Gesellschaftsanalyse und Frauenbefreiung interessieren, sei dieses Buch ans Herz gelegt. Zurzeit liegt es leider nur in Englisch vor. Doch trotz des komplexen Inhalts liest es sich leicht.
Ronda Kipka

Lise Vogel: Marxism and the Oppression of Women – Toward a Unitary, Theory, Haymarket Books, 266 Seiten, $28.00

Bild: Mee Sul Art

„Meine Kunst soll zu Aktivismus motivieren“

Jennifer Gegenläufer macht feministischen Rap. Wir sprachen mit ihr über ihre politischen Ziele, Satire und Feminismus im Deutschrap.

Critica: Was hat dich dazu bewegt, politischen Hip-Hop zu machen?
Jennifer Gegenläufer: Das war ein Reflexionsprozess. Ich rappe seit meinem 13. Lebensjahr. Mit zunehmendem Alter veränderte sich die Art der Konfrontation mit Sexismus, sie wurde obszöner, direkter und verlor teilweise an Beschönigung. Durch Kontakt zu meiner früheren Musikpartnerin Meesu entwickelte ich ein stärkeres politisches Bewusstsein. Sie war aufgeklärter, schon länger in der linken Szene und zeigte mir Videos von Neonschwarz und Sookee. Mit der Zeit habe ich mich dann in meinen Texten auch an anderen Themen wie Homo-, Trans*- und Inter*feindlichkeit abgearbeitet, auf dem Track „EMZPT“ zum Beispiel.

Du singst „Ich kann die Umstände hier nicht akzeptieren, habe klare Ziele, gehe auf die Straße, rebelliere“. Was sind denn deine Ziele?
Das ist ein Zitat aus „Augen nicht zu“. Seit einem halben Jahr trete ich mit dem Song nicht mehr auf. Kurz dazu: Veränderungen sind nicht kalkulierbar und individueller Verzicht ändert nichts am Angebot. Um bei der Frage zu bleiben: Für den Frauen*kampftag würde ich auf die Straße gehen, wobei ich mir dieses Jahr mehr Position gegen Antisemitismus gewünscht hätte. Und natürlich geh ich gegen AfD, Pegida, NPD und all die anderen Rechten auf die Straße. Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda!

Auch letztes Jahr bist du bei der Frauen*kampftagsdemo aufgetreten. Ist Kunst deine Form Politik zu machen?
Nein, nicht vorrangig. Ich finde, Kunst besitzt die Freiheit ein Lyrisches Ich oder eine Welt zu beschreiben, die der Inbegriff aller Dystopie sein kann. Das ändert nichts daran, dass Kunst politisch ist, aber Politischsein keine Kunst ist. Politisch sein ist beiläufige Tatsache jeder Existenz. Dennoch finde ich es wichtig, sich nicht in Dogmen zu versteifen, aber auch nicht naiv und inkonsequent zu sein, wenn mir zum Beispiel in der linken Szene Sexismus begegnet. Kunst ist meine Form, Dinge festzuhalten, auszusprechen, anzuprangern, wütend oder glücklich zu sein. Eine Möglichkeit, mal nicht Ich zu sein und im Endeffekt wieder bei mir selber zu landen. Meine Kunst soll zu Aktivismus motivieren, dazu, selber kreativ gegen das Patriarchat und Nazis vorzugehen. Aber Politik mache ich eben vorrangig durch Aktivismus.

Welche Rolle kann feministische Kultur dabei spielen?
Eine ganz große! Zu vielen Inhalten fehlen mir einfach explizite feministische Gegendarstellungen. Ich bin ein großer Satire-Fan. Satire kann konservative Geschlechtervorstellungen, sexistische Standards und transfeindliches Zeug lächerlich machen, wenn nicht sogar ansatzweise dekonstruieren. Aber sie darf nicht die Reproduktion sexistischer Machtverhältnisse legitimieren. Kommt eben darauf an, wie man es macht. Was mir bei Satire deutlich auffällt, ist, dass der Niveauunterschied im Umgang mit Rassismus und Sexismus von Fans billigend in Kauf genommen wird. Kritik wird oft mit der Pseudo-Erkenntnis „Ihr habt die Ironie nicht verstanden“ niedergebashed. Ich finde es problematisch, die Humordominanz von privilegierten Personen nicht zu hinterfragen. Wer bestimmt, was für wen witzig zu sein hat? Ich finde es fast schon beschämend witzig, wenn Personen, die sich als herrschaftskritisch inszenieren, so etwas nicht mitdenken, aber sagen, was für wen lustig zu sein hat. Da lassen sich auf jeden Fall schöne Witze drüber machen. Wer macht diese Witze, wenn nicht feministische Kultur?

Was sind deine nächsten Pläne?
Ich arbeite ganz eifrig an einem Album. Ich hab die Idee mit der feministischen Satire für das neue Album aufgegriffen. Ende des Jahres will ich mein Album droppen. Ich denke schon, dass das vielen total gegen den Strich gehen wird, weil ich auch männliche Privilegien scharf kritisiere. Aber so viel Humor und Selbstironie sollten Satirefans doch übrig haben.

Vielen Dank für das Interview!

Das Interview führte Malte Pannemann.

ANZEIGE

5x5 für ein soziales Land

5 Milliarden für gemeinnützigen, sozialen Wohnungsbau

5 Milliarden für Bildung

5 Milliarden für öffentliche Beschäftigung und Integration

5 Milliarden für die Bekämpfung von Fluchtursachen

5 Milliarden für Sicherheit und die Stärkung des öffentlichen Dienstes

Wir fordern eine radikale, solidarische Zeitenwende, damit Städte und Gemeinden wieder ordentlich funktionieren und unser Land sozialer, gerechter und lebenswerter für alle wird.

DIE LINKE. IM BUNDESTAG

V.i.S.d.P. Heike Hänsel, Jan Korte

Flüchtlinge bleiben - AfD vertreiben

Es gibt keinen ruhigen Parteitag

Einige Monate vor den Landtagswahlen in Bremen veranstaltete die AfD dort letztes Jahr ihren Bundesparteitag. Aber sie blieb nicht ungestört: 7.000 Menschen gingen auf die Straße, um ein Zeichen gegen ihre rassistische und sexistische Hetze zu setzen. Die Demo war bunt gemischt: GewerkschafterInnen, Linksradikale, Menschen aus migrantischen Verbänden und viele, die bisher noch nicht politisch aktiv waren. Aufgerufen hatten dazu zwei Bündnisse: das gewerkschaftliche Bündnis gegen Rassismus und Rechtspopulismus und das linksradikal geprägte Bündnis gegen Nationalismus Bremen.

Es ist den beiden Bündnissen gelungen, viele Menschen für die Demo zu mobilisieren und große Aufmerksamkeit in der Presse zu erlangen. Dadurch konnten wir öffentlichkeitswirksam klar machen, dass sich in Bremen viele Menschen gegen Rassismus und Sexismus stellen und die Umtriebe der AfD nicht einfach so hinnehmen, sondern sich ihr in den Weg stellen wollen.

Die Route der Demonstration ging bis zum Veranstaltungsort des AfD-Bundesparteitags. Viele Redebeiträge warnten vor den Gefahren der AfD und wiesen zugleich auf eine sozialistische Alternative zu den jetzigen Verhältnissen hin. Die von der Presse befürchteten Krawalle blieben aus. Es war eine große, vielfältige Demo, die den Auftakt zu vielen weiteren Aktionen der beiden Bündnisse gegen die AfD in Bremen bildete. Auch in den folgenden Monaten konnten wir die AfD noch häufiger stören und viele Leute für antirassistische Politik begeistern.

Daniel Urbach

„Wir können...

„...die Sicherheit der Veranstaltungsgäste nicht gewähren“. Mit diesem Facebook-Post des AfD-Kreisverbandes Freiburg war klar, dass die vorangegangenen Proteste gegen das öffentliche Auftreten der rechten Hetzer in der Stadt Erfolg hatten. Geplant war eine Veranstaltung mit dem Spitzenkandidaten der AfD-Baden-Würtemberg, Jörg Meuthen. Die wurde aber aufgrund der angekündigten antifaschistischen Mobilisierung abgesagt. Doch nicht nur das: Gerade einmal drei Infostände konnte die AfD in der Innenstadt durchführen und das auch nur unter starken Protesten und Polizeischutz. Auf Initiative des SDS waren bei jedem der drei Versuche mindestens 10 GegendemonstrantInnen vor Ort. Mit Schutzanzügen, Absperrband und inhaltlichen Flyern konnten wir nicht nur die AfD-Infostände abschirmen, sondern auch selbst viele spannende Diskussionen mit PassantInnen führen.

Nun mag man natürlich fragen: Hat es das wirklich gebracht? Die AfD holte in Baden-Württemberg 15 Prozent und selbst in Freiburg 8,4 Prozent! Keine Frage, das sind ernstzunehmende Ergebnisse. Aber die AfD – und darin liegt ihre Gefahr – schaut nicht nur auf ihre Präsenz in den Parlamenten, sondern lebt auch von öffentlichen Veranstaltungen. Sie ist verquickt mit den PEGIDA-Demonstrationen und organisiert eigene Aufmärsche. Den Kampf um die Straße haben wir in Freiburg sehr erfolgreich aufgenommen und lassen sie uns auch in Zukunft keinen Meter nehmen.

Daniel Anton

AfD-Schlümpfe sind keine Krisenlösung

Als Berliner SDS wollten wir eine Rede des EU-Kommissionspräsidenten Baroso an der Humboldt-Uni stören. Wir trafen uns zum Plakate-Schreiben, um mit diesen gegen die Austeritätspolitik der EU zu protestieren. Zum Glück waren wir ausgerüstet, denn plötzlich tauchten AfD-UnterstützerInnen in Ganzkörperanzügen vor der Uni auf. Was uns für eine Minute verwirrte, führte schnell zu einer guten Aktion gegen die Politik der EU und einer Kritik an den rechten Antworten der AfD darauf.

Bis dahin hatte sich die AfD nicht bei uns an der Uni blicken lassen. Es war auch eine eher außergewöhnliche erste Begegnung. Die AfDler hatten sich zum Flyerverteilen blaue, hautenge Ganzkörperanzüge angezogen, mit AfD-Logo und dem Spruch „Krisenretter“ auf der Brust. Eine AfD-Werbeaktion an unserem Uni-Eingang – das konnten wir nicht unkommentiert lassen. Wir malten kurzerhand Plakate mit Sprüchen wie „Achtung Rassisten!“ und „AfD-Schlümpfe sind keine Krisenlösung“ und stellten uns neben die blauen Gestalten.

Das ganze Szenario wirkte wie eine skurrile Parodie. PassantInnen gingen von einer Anti-AfD-Aktion aus. Die AfDler selber versuchten uns genervt zu ignorieren. Auf eine solche Blamage hatten sie sich nicht eingestellt. Neben dem Spaß war die Aktion auch effektiv. Wir haben gegen radikale Kürzungspolitik protestiert und klargemacht, dass die AfD und Rechte keine Alternative sind. Die AfDler zogen irgendwann genervt ab. Bisher wurden sie nicht mehr an der Uni gesichtet. Ob spontan oder organisiert, unser Motto bleibt: Rassisten immer und überall entgegentreten!

Anton Thun

Semestertermine

23. April | Hannover

TTIP und CETA stoppen

Geflüchtete bedrohen unseren Lebensstandard nicht, TTIP und CETA schon. Denn durch sie werden viele Sozial- und Umweltstandards beiderseits des Atlantiks bedroht. Deshalb werden wir bei Obamas und Merkels Besuch in Hannover ein deutliches Zeichen gegen neoliberale Freihandelsdiktate setzen.

23.–24. April | Frankfurt a.M.

Aktionskonferenz: „Aufstehen gegen Rassismus“

aufstehen-gegen-rassismus.de

Millionen Menschen haben in den letzten Monaten gegen Pegida, AfD & Co. protestiert und sich in der Flüchtlingshilfe engagiert. Die Aktionskonferenz soll bereits existierende Initiativen gegen Rechts verbinden. Es wird gemeinsame Anreisen aus ganz Deutschland geben.

30. April | Stuttgart

AfD-Bundesparteitag blockieren!

facebook.com/gemeinsamwidersetzen

Am letzten Aprilwochenende will die AfD ihren Bundesparteitag in der Messe Stuttgart durchführen. Das Bündnis hat sich zum Ziel gesetzt, dem Programmparteitag mit spürbarem Protest und zivilen Ungehorsam einen Strich durch die Rechnung zu machen.

03.-05. Juni 2016 | Jena

Umkämpfte Objektivitäten

Studentische Tagung zu kritischer Wissenschaft und Wissenschaft in der Kritik
Die studentische Tagung in Jena will die Möglichkeiten kritischer Perspektiven in der Wissenschaft ausloten. Du kannst auch deine kritische Bachelor-/Master-/Doktorarbeit bis zum 24.04. einsenden. Den Call for Papers und weitere Infos findest du unter

umkaempfteobjektivitaeten.stura-jena.de

DIE LINKE.SDS

WER WIR SIND UND WAS WIR MACHEN

Die Linke.SDS – kurz für Sozialistisch-Demokratischer Studierendenverband – ist der einzige bundesweit aktive sozialistische Studierendenverband. Der SDS steht der Partei DIE LINKE nahe und setzt sich für eine kämpferische und sozialistische LINKE ein. Wir verstehen uns als Teil einer breiten linken Bewegung.
Die Linke.SDS streitet für bessere Studienbedingungen an den Hochschulen und versteht dies als Teil einer umfassenden gesellschaftlichen Auseinandersetzung gegen den marktradikalen und antidemokratischen Umbau der Gesellschaft, gegen Sozialabbau, gegen Ausgrenzung und Diskriminierung aller Art, gegen Krieg und Umweltzerstörung.
In unserem Selbstverständnis heißt es: „Der Kapitalismus ist für uns nicht das Ende der Geschichte. Wir stehen ein für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und stellen ihr unsere handlungsbestimmende Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft entgegen.“

LOKAL VERANKERT...
SDS-Gruppen gibt es bundesweit an ca. 45 Hochschulen. In den Hochschulgruppen wird ein großer Teil der Arbeit gemacht. Ob Lesekreise zu sozialistischen Klassikern und aktuellen Problemen, Organisation von politischen Bildungsveranstaltungen, Arbeit in den Unigremien, Unterstützung von Geflüchteten oder Anti-Naziproteste: die Bereiche und Aktionen der lokalen Gruppen sind vielfältig.

...UND BUNDESWEIT AKTIV.
Der SDS ist keine Ansammlung autonomer Kleingruppen, sondern ein bundesweiter Akteur. Durch unsere handlungsfähige Bundesstruktur können wir aktiv in das politische Geschehen eingreifen. Wir haben den Frauen*kampftag mit initiiert und auch bei Blockupy oder den Protesten gegen den G7-Gipfel eine wichtige Rolle gespielt.

Bundesweite Aktivität erschöpft sich bei uns aber nicht darin, ein paar Demos mitzugestalten. Auf unserer Jährlichen Akademie diskutieren wir gemeinsam und bilden uns weiter. Darüber hinaus hat der SDS mehrere Arbeitskreise, in denen wir uns vertieft mit einem bestimmten Thema auseinandersetzen. Ob zu Feminismus, Hochschulpolitik oder dem Kampf gegen die AfD: In vielen Bereichen diskutieren und entwickeln wir Alternativen. Und das Produkt eines Arbeitskreises hältst du gerade in der Hand: die critica. Insgesamt gibt es derzeit fünf Bundesarbeitskreise (BAKs) im SDS:

- **BAK ANTIRASSISMUS**
- **BAK FEMINISMUS**
- **BAK HOCHSCHULPOLITIK**
- **BAK POLITISCHE BILDUNG**
- **CRITICA-REDAKTION**

AKTIV WERDEN!
Die Welt verändert sich nicht von allein. Eine bessere Gesellschaft braucht Menschen, die sich mit Begeisterung dafür engagieren. Support your local SDS!

SO ERREICHST DU UNS:
www.linke-sds.org
info@linke-sds.org
030/24009134

Neue Wahrheit

WAHRE FAKTEN SEIT 2016 - ULTRA UNABHÄNGIG UND KRASS ÜBERPARTEILICH

ANZEIGE

Masernpartys: der neue gesunde Partytrend **Lifestyle Seite 13**

Hohlerde: das kultige Urlaubsziel des Sommers **Reisen Seite 11**

Atomverschwörung im Iran: Stephan Grigat deckt auf **Ausland Seite 5**

Nr. 23 • 2016 Gegründet 2016 • Preis: 1,5 Millionen Reichsmark

Steuergelder für die Gutmenschen!

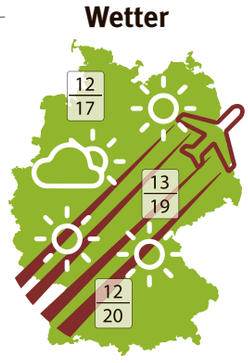
Immer wieder blockieren staatlich bezahlte Linksfaschisten besorgte Patrioten. Unser Reporter **Jürgen Lothringer** hat einen von ihnen begleitet.

5 Uhr abends, Tobias (29), lange Haare ist gerade aufgestanden. Jetzt geht er aus dem Haus, in dem er mit seiner Mutter wohnt, und dreht sich erst einmal eine Zigarette. Gemächlich läuft er zur Bushaltestelle, von der ein süffiger Duft nach Schweiß und Cannabis herüber weht. Dort warten sie schon: die links-grün versifften Gutmenschen vom Antifa e.V. Als der Reisebus kommt, zieht Tobias geübt eine Magnetkarte aus seiner Bauchtasche und stellt sich in die Schlange. Mit ihm stehen ungefähr 60 Menschen dort. Meist blasse junge Männer wie er. Er erklärt bereitwillig, dass beim Einsteigen auf seine Karte das Demogeld aufgeladen wird. „Früher mussten wir uns noch jedes mal per Hand in Listen eintragen," erklärt er mir, „aber jetzt ziehen wir die Karte einfach beim Einsteigen und noch einmal nach der Demo durch den Scanner am Eingang und schon landet das Demogeld auf dem Konto." 20 Euro bezahlt die BRD GmbH pro Stunde. Da kommen mit Nachtzuschlägen schon mal 80 bis 90 Euro an einem Abend zusammen.

Inzwischen hat sich der Bus in Bewegung gesetzt. Ihr Ziel ist Dresden, dort werden sie im Auftrag der BRD GmbH den Abendspaziergang der ehrlichen Patrioten stören.

Wie es mit Tobias und den rotlackierten Faschisten in Dresden weitergeht, lesen Sie auf Seite 3.

Wetter



Pollenflug Belastung		Chemtrail Belastung	
Weide	gering	Geburtenkontrolle	mittel
Pappel	gering	Geoengineering	mittel
Erle	keine	Gedankenkontrolle	stark
Hasel	keine	Aluminium	stark
Birke	keine	Verschwulung	gering

keine, gering, mittel, stark

Jüdisch-bolschewistischer Weltkongress

Die jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung e.V. hielt letzte Woche auf einem Friedhof in Prag ihren Weltkongress ab. Für das nächste Jahr plant sie gemeinsam mit dem deutschen Alpenverein einen Kongress zum Thema „Wandern und Unterwandern" durchzuführen. Auf dem Protokoll stand zudem die Neuwahl des Vorstandes.

Stol(l)zer Nobelpreisträger

Muss man wissen: Das Nobelkomitee hat in Stockholm den Nobelpreis für die Neue Physik vergeben. Als diesjähriger Preisträger ist Dr. Axel Stoll (promovierter Naturwissenschaftler) ausgezeichnet worden. Er bekam den begehrten mit acht Millionen Schwedischen Kronen (rund 45 Milliarden Reichsmark) dotierten Preis für seine Entdeckung der kalten Fusion im Aldebaran. In seiner Dankesrede erklärte er das Geheimnis seiner Forschung: Magie ist Physik durch Wollen!

Streik bei der BRD GmbH

Das Personal der BRD GmbH ist seit einer Woche im Ausstand. Die Personalausweisler möchten wieder „reich" werden und fordern 18% mehr Lohn und ein Julfestgeld als 13. Monatsgehalt. Außerdem sollen frei werdende Stellen nicht neu besetzt werden. Zum Ausstand aufgerufen hatte die Gewerkschaft der Reichsbürger (GDR). In Leipzig gründete sich gestern ein Soli-Bündnis unter dem Motto „Reich ins Heim!"

Paul is dead

In einer Pressemitteilung gab das Management der Beatles zu, dass Paul McCartney am 27. November 1966 gestorben ist. Paul starb, als er mit seinem Auto von der Spur abkam, nachdem er sich nach der Politesse Rita umsah. John, George und Ringo wollten die Band danach eigentlich auflösen, wurden aber vom geldgierigen Management zum Weiterspielen gezwungen. Dieses veranstaltete einen Paul-look-alike-Wettbewerb und ersetzte ihn seit Sgt. Pepper's Lonely Hearts Club Band durch William Shears.

0 00911 23666 6